

„Sünnen Internationale“, in der er eine Interessenvertretung gegen die industrielle Arbeiterschaft stellt.

In Wien hat er den Oesterreichern vor dem Anschluß Deutschlands an Deutschland grüßlich gemacht, um auf diese Weise den Anschluß an Bayern schmachtender zu machen. Wenn er aber in Wien die Donauföderation eine „Schimäre“ genannt hat, so nur deshalb, weil Heim nichts von einer Habsburger Monarchie wissen will und gerne einen Wittelsbacher auf dem Thron der Donaumonarchie sehen möchte, während die österreichischen Anhänger der Monarchie natürlich ihre Habsburger wieder krönen möchten. Dr. Heim ist ein schlauer Fuchs und möchte die Oesterreicher durch die Idee eines Wirtschaftsblocks zunächst einmal gewinnen, um so die erste Etappe für die künftige Donaumonarchie zu schaffen. Seine Propaganda für den Föderalismus in Oesterreich geht in der gleichen Richtung.

Die militärische Organisation der Orgesch ist jetzt auch auf österreichische Gebiete — besonders Tirol — ausgedehnt und als militärische Vorbereitung gedacht, die politischen Pläne im entscheidenden Augenblick mit durchsetzen zu helfen. Die Verhandlungen des Herrn Dr. Heim mit den Reichswehrern in Budapest war nur ein Auftakt, die wirtschaftlichen Ziele nur der Scheiter, hinter dem sich das Treiben der Monarchisten verbirgt, die mit allem Hochdruck an der Verwirklichung des Planes der Donaumonarchie arbeiten.

## Aus dem Reichstag.

Berlin, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Reichstag beriet gestern zunächst den schleunigen Antrag der Kommunisten auf Aufhebung der Haft, die über den Abgeordneten Kemmel verhängt worden ist. Es kam nach kurzen Geschäftsordnungserklärungen zu einer Abstimmung. Die Bürgerlichen versuchten, den Antrag einem Ausschuss zu überweisen und dadurch eine Verschleppung herbeizuführen. Da aber die bürgerlichen Parteien nur schwach vertreten waren, so ergab die Abstimmung eine sozialistische Mehrheit, und der Antrag auf Aufhebung der Haft wurde angenommen. Damit ist eine Situation geschaffen, für die die Arbeiterklasse das höchste Interesse wird aufbringen müssen. Es wird sich jetzt darum handeln, ob die Reichsregierung Energie genug besitzt, einen Beschluß des Reichstags auch gegen den Willen der reaktionären bayerischen Regierung durchzusetzen. Sollte die bayerische Regierung sich weigern, dem Beschluß des Reichstags Statzugeben, so liegt der Fall der Verweigerung eines Landes gegen die Bestimmungen der Reichsregierung vor, und in diesem Falle müßte die Reichsregierung sich entschließen, die Reichsregierung gegen die bayerische Regierung vorzunehmen. Sie wird es natürlich nicht tun!

Dem Reichstag lag sofort das Gesetz über die Verträge der deutschen Regierung mit der ungarischen, der tschechoslowakischen und der österreichischen Regierung vor. Der Außenminister begründete kurz die Wirtschaftsverträge. Es war bezeichnend für das mangelnde Interesse, das der Reichstag für wirklich große wirtschaftliche Vorgänge hat, daß keiner der Redner der bürgerlichen Parteien mehr auf die wirtschaftliche Bedeutung dieses Vertrags einging, sondern daß alle sich nicht auf die Außenpolitik beschränkten, sondern auf den alten Thesen der Erhaltung der deutschen Traditionen herumsprachen.

Der Kommunist Leoi allerdings fand eine neue Note. Er bewies, daß die Politik der Kommunisten eine typisch liberale ist. Er ahnte die Außenpolitik des deutschen Liberalismus nach, indem er außenpolitische Verträge von innenpolitischen Gesichtspunkten abhängig machte. Den Vertrag verwarf er, weil die ungarische Regierung eine Räuberbande sei und man mit einer reaktionären Regierung keinen Vertrag abschließen dürfe. Herr Leoi merkte nicht, daß er damit den Deutschnationalen ein Argument in die Hand spielte, alle Verträge mit Sowjet-Rußland abzulehnen. Herr Leoi hatte auch nicht begriffen, daß die Sowjet-Regierung gar nicht daran denkt, eine solche Politik zu treiben, da sie sowohl mit dem kapitalistischen Amerika wie England, als auch mit dem nationalstiftischen Ewer Bascha ihre Verträge abschließt.

Der Genosse Breitscheid konnte deshalb mit wenigen Worten diese widerspruchsvolle Politik der Kommunisten kennzeichnen, wobei er natürlich über unsere entschiedene Kampfstellung gegen das Ungarn der Horthy-Mörderbanden keinen Zweifel ließ.

Herr Minister Simons ergriff nochmals das Wort und behauptete, daß so wenig über die wirtschaftliche Seite des Vertrags und so viel über die ideellen Momente gesprochen wurde. Dem Genossen Breitscheid, der erklärt hatte, daß es ein Skandal sei, daß dieser Vertrag mit Ungarn noch vor dem Wirtschaftsvertrag mit Rußland abgeschlossen werde, erwiderte er, daß er bei Beantwortung der Interpellation über Sowjetrußland auf diese Frage näher eingehen würde. Nachdem noch eine Debatte über das Rechtspflegeabkommen mit der freien Stadt Danzig abgeschlossen war, ging die Staatsberatung beim Kapitel des Reichswirtschaftsministers weiter. Die zweite Rednerreihe trat auf. Es ist allmählich ein Unglück geworden, daß selbst in solchen Fällen, in denen niemand mehr etwas Wertvolles oder Wesentliches Neues zu sagen hat, rein aus alter Gewohnheit an der zweiten Rednerreihe festgehalten wird. Die Verhandlung wird schleppend, kein Mensch hört zu, niemand ist im Saal und die paar Redner wiederholen alles das, was ihre Vorredner schon gesagt haben, so daß auch gestern die Debatte nicht zu Ende gebracht werden konnte und heute wiederum die Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministers auf der Tagesordnung steht.

## Keine Kapperbrecher in Bayern.

Aus München berichtete dieser Tage Wolffs Bureau: Die Münchener Post veröffentlichte im April unter der Überschrift **Dokumente der Gegenrevolution** eine Anzahl Schriftstücke, aus denen sie eine **Verchwörung in Bayern** feststellen zu können glaubte. Diese Dokumente und die Vorgänge in München am 13. März 1920 und den folgenden Tagen haben den Gegenstand eines von der Staatsanwaltschaft München I durchgeführten Ermittlungsverfahrens gebildet. In diesem Verfahren wurden im ganzen 117 Personen vernommen, und fünf Hausdurchsuchungen abgehalten. Das Verfahren ist nunmehr abgeschlossen. Hinsichtlich der Vorgänge am 13. März und den folgenden Tagen ergab die Untersuchung mit voller Bestimmtheit, daß in jenen Tagen niemand in München hauptverräterische Beziehungen zu Kapp hatte, daß auch niemand ein in einem hauptverräterischen Vorbereitungsamt ähnliches Unternehmen in München ins Werk zu setzen versuchte. Es kann mit voller Sicherheit behauptet werden, heißt es in der amtlichen Veröffentlichung, daß die Nachricht von dem

Unternehmen Kapps die Münchener Militärbehörden und die leitenden bayerischen Staatsstellen völlig überrascht hat. Dafür, daß auf irgend einer Seite die Absicht bestand, die Regierung gewaltsam zu stürzen oder gar die Staatsform mit Gewalt zu ändern, hat die Untersuchung nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben. Der Staatsanwalt hat deshalb gegen sämtliche Beteiligte das Verbot ausgesprochen.

Die Münchener Post antwortet auf diese „amtliche Feststellung“ mit einem Artikel, worin sie zunächst feststellt, daß Dr. Heim seinerzeit in einem Artikel im Bayerischen Kurier erklärt hat, daß er am 14. März von gewissen Leuten nach München gerufen wurde, daß er aber abgelehnt habe, weil, wie er durchblicken läßt, die deutschnationalen Umsturzpolitiker der Zeitfreiwilligen nicht in seine bayerischen Pläne paßte. Er hat in diesem Zeugnis durch die Bemerkung, er sei nach München gegangen, mit der Absicht, „nach links nicht herauszufordern und mit rechts nicht zu putzen“ ausgedeutet, daß damals Kapppläne von der Reaktion verfolgt wurden und vor dem Ausbruch standen.

Außerdem verweist das Blatt darauf, daß Escherich in der Unterredung mit den sächsischen Ministern über die Kapp-Putschisten erklärt hat, er werde von dem Bischof, Pabst, Bauer auf das erbitterteste bekämpft, „weil er ihnen jede Möglichkeit genommen habe, ihre Pläne zu verwirklichen“. Die hier genannten preussischen Offiziere, setzt die Münchener Post hinzu, hatten aber enge Beziehungen zu bayerischen Offizieren.

Dann fährt das Blatt fort: Und angesichts dieser Tatsachen hat das bayerische Justizministerium die Stirn, fest zu behaupten, daß „niemand in München das Kapp-Unternehmen begünstigte“.

Dem Herrn Justizminister scheint es völlig unbekannt zu sein, daß bereits von bestimmten Verchwörern der Nachfolger Mühs vorgeschlagen war. Herr Dr. Roth scheint anzunehmen, daß uns die Münchener Vorgänge am 14. März 1920 ein Buch mit sieben Siegeln seien. Er kann sich darauf verlassen, daß wir noch sehr offen und frei über diese ganze Münchener Verchwörungssache sprechen werden — natürlich erst dann, wenn wir es aus politischen Gründen für notwendig halten, das Stillschweigen, das wir uns zur Stunde noch auferlegt haben, völlig zu brechen.

Der Wortlaut des staatsanwaltschaftlichen Berichts, aus dem das Wolff-Bureau den oben zitierten Auszug gab, ist übrigens auch nicht ohne Reiz. Die kühne Umdeutung harter Tatsachen ist eine sehr tüchtige Leistung. Einige Beispiele: Bei dem Fliegerhauptmann Berthold wurden schwerbelastende Schriftstücke aufgefunden. Wie wird der Staatsanwalt damit fertig? Die Urheber der Berichte an Berthold, die Leutnants Hager, Meyer, Mayer usw. hätten selbst zugegeben, daß ihre Berichte „zum größten Teil objektiv unrichtig“ seien. Herrlich, wundervoll! Welches Motiv hatten wohl die Mitverchwörernen, ihr Oberhaupt fortgesetzt zu belügen?!

Da bleiben aber noch die Protokolle des Hauptmanns Berthold selber, in denen fortgesetzt von dem vorbereiteten großen Schlag, der geplanten Einsetzung einer Militärdiktatur usw. die Rede ist. Auch darüber hilft ein objektiver Staatsanwalt sich schnell hinweg. Berthold hat „gelegentlich seiner Phantasie die Zügel schießen lassen“. Alles nur Phantasie. Der Kapp-Putsch, Bertholds Putschversuch in Harburg, die Absetzung der Münchener Regierung durch General Mühs, — alles nur Phantasie! So stellt ein Münchener Staatsanwalt.

Deutsche Justiz!

## Eine amtliche Befestigung des Arbeitslosenelends.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen im Reich sind auch nach dem letzten amtlichen Bericht, der den Stand vom 1. November ergab, weiter zurückgegangen. Während nach den endgültigen Feststellungen am 15. Oktober 474 308 Erwerbslose unterstützt wurden, waren es am 1. November 361 717. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagempfangener unterstützt werden, hat eine Steigerung von 344 882 auf 345 308 erfahren. Diese Steigerung erklärt sich aber daraus, daß aus Württemberg das bisher in dieser Zusammenstellung fehlte, zum erstenmal Angaben über die Zuschlagempfangener gemacht worden sind. Tatsächlich ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen zurückgegangen. Von den 301 717 unterstützten Erwerbslosen und den 345 308 unterstützten Familienangehörigen, die am 1. November im Reich gezählt wurden, entfielen 94 250 Erwerbslose und 81 896 Familienangehörige auf Groß-Berlin, 98 253 Erwerbslose und 90 447 Familienangehörige auf den Freistaat Sachsen.

Die Kritik, die in der Presse an den früheren irreführenden Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums geübt worden ist, nötigt das Ministerium jetzt zu folgenden bemerkenswerten Zugeständnissen:

Die vorliegenden Zahlen geben, wie bei früheren Mitteilungen mit Recht in der Tagespresse hervorgehoben worden ist, in keiner Weise ein erschöpfendes Bild von dem Umfang der Arbeitslosigkeit. Einmal sind noch diejenigen Arbeitslosen hinzuzurechnen, die aus irgendwelchen Gründen nicht unterstützt werden. Bei der Berücksichtigung, die die Voraussetzungen und die Kontrolle der Erwerbslosenunterstützung im Laufe der Zeit erfahren haben, wird die Zahl dieser nichtunterstützten Arbeitslosen kaum geringer sein als die der unterstützten. Weiter tritt die große Zahl der Verdürrarbeitenden hinzu, die in ihrer Einkommenslage vielfach nicht wesentlich besser daran sind als die voll Erwerbslosen. Auch hier fehlt es leider an brauchbarem statistischen Material. Es kann nur festgestellt werden, daß der Umfang der Kurzarbeit in einzelnen Industrien, beispielsweise in der Textil- und in der Schuhindustrie erheblich zurückgegangen ist, daß er aber in anderen Industrien, so insbesondere in der Metallindustrie und dem Holzgewerbe, eher im Zunehmen begriffen ist.

Endlich aber muß noch betont werden, daß sowohl die öffentlichen Behörden und Betriebe wie die Privatunternehmungen in einem kaum abzuschätzenden Maße eine verschleierte Erwerbslosenunterstützung betreiben, dadurch, daß sie zum Teil freiwillig, zum Teil unter dem Zwange der Demobilisierungsvorkehrungen, Arbeitslose über den notwendigen Bedarf hinaus beschäftigen. Das ist ein Zustand, der offenbar nicht auf die Dauer fortbestehen kann, wenn er auch selbstverständlich nur mit aller Schonung für die Beteiligten und mit der gebotenen Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes geändert werden darf. Auch diese Tatsache muß gewürdigt werden, wenn die wirkliche Lage des Arbeitsmarktes verstanden werden will.

## Ein nationaler Feld.

An der Spitze der randallierenden deutschnationalen Berliner Studenten, die gegen die Professoren Einstein und Nicolai die bekannteste Entrüstungsrunde in Szene gesetzt haben (gegen den letzteren wegen angeblicher mangelnder sittlicher Würdigkeits!) stand bisher ein Herr mit dem wohlklingenden Namen Bertimpep, der von seinen reaktionären Gesinnungsgenossen mit dem höchsten Amt beehrt wurde, das die Berliner Studenten zu vergeben haben, nämlich mit dem 1. Vorsitz im Ausschuss der Studentenschaft. Dieser Bertimpep war es, der in den Tagen des Kapp-Putsches den Staatsanwalt Zumbrold, der in der

Universität eine Propagandarede für die Kapp-Bande hielt, als Vertreter der neuen „Regierung“ warm bewillkommnete. Bertimpep Herr Bertimpep mußte nun wegen Unterschlagung von rund 15 000 Mk. aus dem Feldern der Studentenschaft vom Amt entsetzt und in Untersuchung gezogen werden. Mit ihm sind zwei andere deutschnationalen Säulen der Studentenschaft geborsten: Schwabe und Niskinger, die beide schleunigst Berlin verlassen haben. Die Deutschnationalen haben Pech mit ihren studierenden Vertrauensleuten!

Die sozialistische Fraktion der Berliner Studentenschaft hat schon im Juli gefordert, daß die Kassenführung, die „zum Himmel stink“, genau geprüft werde. Die Sache ist aber von den Nationalen noch bis jetzt hinausgezogen worden.

## Aus dem Prinz-Prozess.

Am Montag bekundete der Zeuge Seidel, der dem sogenannten Reichstag angehört hatte, daß es seinerzeit im Reichstag allgemein hieß, es sei für die Ermordung Liebnechts und der Kola Luxemburg 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Einen schriftlichen Befehl habe er, Zeuge, nicht gesehen.

Der Zeuge Sudow hat, wie er bekundet, seinerzeit den Auftrag gehabt, Debebour und Dr. Meyer zu verhaften. Der damalige Kommandant, Leutnant Fischer, habe ihn besonders darauf hingewiesen, er soll aufpassen, daß den beiden nichts passiere, wenn er sie in dem Roabiter Untersuchungsgefängnis abliefern. Von irgendeinem Befehl, Liebnecht, Kola Luxemburg oder Debebour beseitigt zu schaffen, sei ihm nichts bekannt. Er habe auch nie gehört, daß irgendwelche Gelder für eine Ermordung vorhanden, ausgesetzt oder ausgezahlt worden waren. Irdenwelche Belohnungen für besondere Taten wurden vorher nicht ausgesetzt, dagegen sind verschiedentlich nachträglich Belohnungszuschüsse bei besonderen Leistungen bewilligt worden. Diese Belohnungen erreichten aber keinesfalls die Höhe von 100 000 Mk., es habe sich höchstens um einige hundert Mark gehandelt. Auf Fragen des R.-M. Mühl erklärte der Zeuge, daß Prämien auf die Verhaftung der genannten Hilzler nicht ausgesetzt gewesen seien. Die Leute hätten außerdem Anweisung, jeden Verhafteten sofort der Staatsanwaltschaft vorzuführen, welche dann Haftbefehl zu erlassen hatte. Als Liebnecht und Kola Luxemburg geblieben waren, waren Fischer und Mollenbühr sehr entsetzt und äherten, daß dies der sozialdemokratischen Partei sehr schaden werde. Auf weitere Fragen erklärte der Zeuge, er habe Tsjaka für einen völlig verworrenen Menschen gehalten, der allerlei phantastische Erzählungen aufbrachte, die sich dann bei einer Nachprüfung als völlig unrichtig erwiesen.

## Folgen der kommunistischen Hebe.

Die Freiheit berichtet: In Buer i. W. wurde unser Genosse Rotbmann, Stadtvorordneter in Buer, auf dem Nachhausewege von dem Vertrauensmann der K. P. D., Kogalka, aus politischer Feindschaft erschossen. Genosse Rothmann hinterläßt eine kranke Frau und fünf unmündige Kinder. Genosse K. kam von einer Sitzung. Auf dem Nachhausewege lauerte man ihm auf und fiel über ihn her. Auf seine Hüften eiften Postanten herbei. Die Tat war aber schon geschehen. Der Täter ist verhaftet.

Wie die Freiheit dazu bemerkt, schweigt die bescheidenweise die Neukommunistische Zeitung in Essen, zu deren Verbreitungsbezirk Buer gehört, diese Bittat tot. In verfeindeter Stelle schreibt dieses Blatt unter „Buer“: In Buer wurde der Arbeiter R. „in der Trunkenheit“ erschossen. Es kennzeichnet dieses Organ, erst verheut es die Arbeiter und stellt die Führer unserer Partei als Verräter hin, die an die Wand müssen, und wenn solche Hebe solche Bluttaten setzt, schweigt man sie tot oder fällt den wahren Sachverhalt.

## Folgen der Moskauer Methoden.

O. E. Die letzte Konferenz der russischen kommunistischen Partei hatte sich mit den Zerlegungsmaßnahmen in der Partei beschäftigt, die Erfassung und Bureaufatierung des Parteilebens, die Parteiführung und eine Sanierungsaktion betrafen. Infolgedessen hat nun das Moskauer Komitee folgende Maßnahmen vorgeschlagen: In allen Parteiveranstaltungen und -Sitzungen sollen die Vorführer nicht mehr von oben her bestimmt, sondern durch die Teilnehmer selbst gewählt werden. Die Sitzungen der Parteiorgane und die Bezirksversammlungen der Parteinstellen sollen regelmäßig, und zwar letztere mindestens alle zwei Wochen stattfinden. Die wichtigsten Fragen der Politik und des Parteilebens dürfen von den oberen Parteinstellen ohne Beratung in den Parteiveranstaltungen nicht entschieden werden. Den Sitzungen des Moskauer Komitees und der Kreis- und Bezirkskomitees, die nicht unbedingt geschlossen abgehalten werden müssen, sollen Vertreter der entsprechenden unteren Parteinstellen beizumischen dürfen. Um das politische Interesse der Parteimitglieder zu beleben und ihnen die Möglichkeit der Kritik an zu gewährleisten, wird den Parteiorganen die Herausgabe von besonderen Diskussionsblättern vorgeschlagen. Zur Befestigung der bestehenden Mißbräuche sollen besondere Ausschüsse und Beschwörungskommissionen aus älteren Parteimitgliedern gebildet und alle Fälle von Bureaufatierung in der Partei und den Sowjetorganen aufs sorgfältigste registriert und dem Zentralkomitee der Partei mitgeteilt werden.

Diese Vorschläge bedeuten, daß die bisher in Rußland auch in der kommunistischen Partei ausgeübte Diktatur der Moskauer Zentrale selbst in Rußland für die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Und diese untauglichen diktatorischen Methoden, die selbst die kommunistische Partei in Rußland nicht ertragen kann, wollen die Moskauer auch den westeuropäischen revolutionären Parteien aufzwingen!

Das Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei, die Moskauer Prawda, Nummer 242, sagt über die fortdauernde Bureaufatierung des Sowjet-Staatsapparates, die durch die unproduktive Heberhöhung mit überflüssigen Beamten hervorgerufen worden sei. Von der 1 1/2-Millionen-Bevölkerung Moskaus zum Beispiel sind 200 000 (zweihunderttausend) Arbeiter, ihre Familie nicht mit eingerechnet. Es sei klar, daß die übrige Bevölkerung sich ebenfalls ernähren müsse und daß sie zu diesem Zweck in irgendeiner Form in den Sowjet-Institutionen Anstellung finden müsse. Dies sei ein elementarer Prozess. Die zahllose Menge der „Instanzen“ sei entstanden, um den Leuten eine „Beschäftigung“ und damit einen Lebensunterhalt zu geben. Hierin liege eine der tiefsten Wurzeln des proletarischen Bureaufatismus. Daher die Laufende von toten Behörden und nichttunenden Beamten, die auch nichts tun können, weil einfach keine wirkliche Arbeit für sie da ist. Die zahllosen Kontrollorgane der Sowjetregierung bilden ein reines Minus. Die vielen Instanzen bieten keinen Schutz gegen Mißbräuche mehr, sondern sie erhöhen vielmehr die verschiedenen legalen und illegalen „Möglichkeit“. Die Kontrollorgane machen sich auch nicht bezahlt. Sie verzehren vier oder fünfmal soviel als sie verbessern. Ohne Überführung eines Teiles der nichtproletarischen Bevölkerung zu körperlicher produktiver Arbeit sei, bemerkt das Blatt, diese Frage nicht zu lösen.

## Der englisch-irische Krieg.

Amlich wird bekanntgeben, daß die Leiden der siebzehn in Kinnshel gebliebenen Hilfswilligen fürchterlich verarmt waren, anliegend durch Beihilfe. Die a u f e r o r d e n t l i c h e P o l i z e i in London hat Befehl erhalten, sich bereitzuhalten für den Fall, daß die Sinnfeinder in England weiter um sich greifen. Das Volkamt in Liverpool ist vorläufig geschlossen worden, andere wichtige Gebäude, wie Banken, Docks und die Elektrizitätsgentrale, werden bewacht. Die Polizei verhaftete eine